GEMISCHTWAREN

DPA/ARNE DEDERT

KOPF DER WOCHE

Theodor Weimer hat es doch noch geschafft. 58 Jahre alt musste er werden, um erstmals als Vorstandsvorsitzender eines Dax-Konzerns Geschäftszahlen präsentieren zu dürfen. Bei der Deutschen Börse ist es am Mittwoch so weit. Dann dürfte es allerdings weniger um die Bilanz 2017 gehen – die hat schließlich noch Weimers unrühmlich abgetretener Vorgänger Carsten Kengeter zu verantworten – als vielmehr um die Frage, was der selbstbewusste Manager mit dem nach wie vor hochprofitablen Börsenbetreiber vorhat. Der x-te Anlauf, sich mit einer anderen Börse zusammenzuschließen, würde Weimer sicher Spaß machen. Doch nach dem Fehlschlag mit der Londoner Börse wird er zunächst mit kleineren Veränderungen vorliebnehmen müssen. Die Fortsetzung des von Kengeter eingeleiteten Umbaus der Börse zu einem modernen IT-Konzern dürfte dazugehören. KARSTEN SEIBEL

DERZEIT SIND DIE RISIKEN NOCH BEGRENZT

CHEF-DEUTSCH

Bundesbank-Präsident **Jens Weidmann** sieht keine Gefahren für die Finanzstabilität durch Digital-Währungen wie den Bitcoin. Das könne sich aber ändern, sollten Banken verstärkt in Kryptowährungen investieren, sagte er auf einer Bargeld-Konferenz in Frankfurt. Auf Forderungen nach Verboten antwortet er zurückhaltend: „Mögliche Wertverluste allein rechtfertigen (...) kein Verbot.“ Für einen besseren Verbraucherschutz seien aber umfangreichere Informationen für Anleger wichtig. Zudem müsse verhindert werden, dass Digital-Währungen zur Terror-Finanzierung eingesetzt werden.

SPIELZEUG

Ein Kopfhörer ist auch ein Statement. Nicht zuletzt deswegen hat sich B&O Play besonders Mühe gegeben, seinen neuen H8i edel aussehen zu lassen. Der Kopfbügel ist mit Leder versehen, die Seiten der Ohrschalen mit eloxiertem Aluminium. Der H8i funktioniert sowohl drahtlos als auch mit einem Kabel. Drahtlos empfängt er Musik über Bluetooth. Im Test funktionierte das quer durch die ganze Wohnung, die Reichweite ist also groß. Die Tonqualität ist angenehm, nicht zu bassbetont, was oft das Problem von Kopfhörern ist. Empfängt der H8i seine Musik per Bluetooth, hält der Akku 30 Stunden durch. Wird er von den Ohren genommen, stoppt die Musik automatisch. Er kostet 400 Euro. THOMAS HEUZEROTH

H8i von B&O Play

WOCHENBILANZ

Montag: Die EU-Kommission fordert die Industrie auf, Fabriken für Elektroauto-Batterien in Europa zu bauen. Konzerne wie **Volkswagen** und **Bosch** geben sich zurückhaltend.

Dienstag: Der US-Waffenhersteller **Remington** meldet Insolvenz an. Hohe Schulden und sinkende Verkäufe belasten die Traditionsfirma.

Mittwoch: Ab Herbst 2019 wird die nächste Generation des Kleinwagens Corsa nur in Spanien gebaut, kündigt **Opel** an. Auch der E-Corsa soll ab 2020 aus Figueruelas kommen.

Donnerstag: Die Discounter **Aldi Süd** und **Aldi Nord** arbeiten künftig enger im Einkauf und Marketing zusammen. Eine Meldung über eine anstehende Teilfusion dementieren sie.

Freitag: Der Versicherungskonzern **Allianz** hat ein Jahr mit vielen Naturkatastrophen gut überstanden, aber im Inland sinken die Gewinne.

Das Schäuble-VAKUUM

Gleich im ersten Kapitel des Koalitionsvertrags steht 298 Mal das Wort „Europa“. Doch was das heißt und wie die von Wolfgang Schäuble hinterlassene Lücke gefüllt wird, ist völlig unklar. Einige europäische Regierungen machen sich bereits Sorgen

Glaubt man einem französischen Diplomaten, dann träumt die Top-Etage des Pariser Élysée-Palasts gern und durchaus lustvoll – nämlich von der perfekten deutschen Regierung. Zwar kann die Sehnsuchts-Variante nie Realität werden. Das wäre nämlich eine SPD-geführte Regierung mit Angela Merkel als Kanzlerin. Aber seit sich die Sozialdemokraten in Berlin das mächtige Finanzministerium gekrallt haben, fühlt sich das freudig überraschte Paris plötzlich der Erfüllung seiner Träume erstaunlich nahe. Finanzminister Bruno Le Maire jubiliert gar, die Tür zu einer „neuen Ära europäischer Zusammenarbeit“ sei geöffnet.

VON JAN DAMS UND HANNELORE CROLLY
AUS BERLIN UND BRÜSSEL

Doch so euphorisch wird die GroKo in spe mitnichten in ganz Europa aufgenommen. Die zuletzt massiv gewachsene Verunsicherung gegenüber Deutschland ist längst noch nicht gewichen. Das liegt beileibe nicht nur daran, dass bis zum 4. März unklar bleibt, ob die SPD-Basis grünes Licht gibt. Andere europäische Regierungen treibt vor allem die Frage um, wie sich Deutschland in der Nach-Schäuble-Zeit finanz- und europapolitisch positioniert. Mag auch das Wort „Europa“ im Koalitionsvertrag satte 298 Mal vorkommen: Noch ist der geplante Kurs reichlich diffus.

Der langjährige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) mag ja beileibe nicht überall beliebt gewesen sein in der EU. Aber klar war zumindest allen, wofür der Erfinder der schwarzen Null stand und womit man zu rechnen hatte. Der Name des potenziellen Nachfolgers Olaf Scholz hingegen ist in Europa bisher kein Begriff. Ein „frenetisches Googeln“ habe nach Bekanntwerden der potenziellen Personalie eingesetzt, verriet ein Insider des Pariser Finanzministeriums dem Magazin „Politico“. In den anderen EU-Hauptstädten war es vermutlich ähnlich.

Viel Konkretes zu Europa konnte die Suche indes nicht zutage fördern. Scholz ist europapolitisch bisher kaum in Erscheinung getreten. Dennoch sorgte er prompt mit der Ansage für Aufsehen und Irritation, Deutschland wolle anderen EU-Mitgliedern nicht länger vorschreiben, wie sie sich zu entwickeln hätten. Das ließ zwar in Athen, Madrid, Portugal oder Irland die Korken knallen. Doch andernorts hoben sich besorgt die Augenbrauen.

Aus den Niederlanden ließ Premier Mark Rutte kühl vermelden, Deutschland dürfe gern mehr Geld nach Brüssel schicken, seine Regierung jedoch habe das nicht vor. Ein Berater des ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orbán klagte, Deutschland sei bisher als Garant soliden Wirtschaftens in der EU gesehen worden. Jetzt drohe der Druck der SPD die bisherige Sparpolitik aufzuweichen. Österreich sorgt sich derweil wegen der sichtbaren Schwächung der Kanzlerin, die der SPD zentrale Ressorts überlassen musste.

Vor allem die südeuropäischen Staaten, wegen ihrer Verschuldung von den Nettozahlern in der EU schon mal flapsig „Club Med“ genannt, versprechen sich eine Kursänderung. „In den Südländern gibt es nur eine sehr begrenzte Bereitschaft, die Volkswirtschaften mit notwendigen schmerzhaften Strukturreformen auf Vordermann zu bringen“, sagt der Ökonom Lüder Gerken, Chef des ordnungspolitisch orientierten Freiburger Centrums für Europäische Politik (CEP). Entsprechend groß seien die Hoffnungen auf mehr Entgegenkommen. Die nordischen Länder, die Niederlande etwa oder die baltischen Republiken, fürchteten hingegen, sich künftig weniger hinter einem starken, hart auftretenden Deutschland aufbauen zu können. Aber selbst eine allzu intensive Umarmung durch das euphorische Frankreich ist Gerken zufolge riskant. „Ich hoffe, dass der deutsch-französische Motor nicht zu einem deutsch-französischen Tandem wird.“ Denn ein Tandem sei schließlich ein Gefährt, bei dem einer steuere – und der andere nur treten dürfe.

Nun warten also alle gespannt auf die ersten konkreten Berliner Entscheidungen in der Europapolitik. Sie gelten als Fingerzeig dafür, wie sich die Bundesrepublik positioniert. Hart im Ton, zäh in der Sache, wie unter dem vorherigen Finanzminister Wolfgang Schäuble? Oder sehr viel konzilianter?

„Ein neuer Aufbruch für Europa“ lautet die Überschrift des ersten Kapitels im Koalitionsvertrag. Und dann kommt das wohl stärkste Bekenntnis: „Wir sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit. Wir wollen einen Haushalt, der klar auf die Aufgaben der Zukunft mit europäischem Mehrwert ausgerichtet ist.“ Das klingt nach starken Zusagen. Nur was sie konkret bedeuten, ist völlig offen.

Bislang gibt es in der SPD niemanden, der dazu konkrete Aussagen machen kann: „Für nachhaltiges Wachstum in der Europäischen Union brauchen wir mehr Investitionen auf europäischer Ebene“, sagt deren finanzpolitischer Sprecher Lothar Binding. Er stellt sich darunter Investitionen in die digitale Infrastruktur, den gemeinsamen Energiemarkt und den Umweltschutz vor.

Politik aber hängt am Personal. „Programme sind Schall und Rauch“, sagt ein früherer Mitarbeiter von Schäuble. „Personen machen Politik!“ Und deshalb kommt es auch viel weniger auf jeden einzelnen Buchstaben des Koalitionsvertrags von Union und SPD an, sondern vielmehr auf den Gestaltungswillen des künftigen Finanzministers und der Bundeskanzlerin. Scholz sei ein nordisch-rationaler, konservativer Kopf, analysiert ihn einer, der der geschäftsführenden Bundesregierung dient. „Mit ihm wird es keine Überraschungen geben.“ Anders etwa, als wenn Martin Schulz, der unglückselige Kanzlerkandidat der SPD, Außenminister geworden wäre.

Ein Charakterprofil, das man auch als Umriss erkennt: Der Bundestagspräsident und ehemalige Finanzminister Wolfgang Schäuble

AFP/GETTY IMAGES
MONTAGE WELT AM SONNTAG

Drei aussagekräftige Entscheidungen stehen noch in diesem Jahr an. Dazu gehört zunächst der mittelfristige Finanzrahmen für die EU. „Da sei der Eindruck erweckt worden, Deutschland stehe mit Milliarden Gewehr bei Fuße, um die Budgetausfälle durch den Austritt der Briten zu übernehmen und noch mehr“, sagt ein eher konservatives Mitglied der Bundes-SPD. „Das ist vor allem eine Frage der Konditionen. Ohne harte Auflagen dafür sehe ich da wenig Spielraum.“

Ähnlich bewertet man die Griechenland-Frage. Irgendwann im Laufe des ersten Halbjahres muss die neue Regierung sagen, ob sie bereit ist, Griechenland mit längeren Laufzeiten und noch einmal niedrigeren Zinsen für die Kredite unter die Arme zu greifen. Das Thema wird wohl auf der Agenda stehen, wenn im April der Internationale Währungsfonds (IWF) in Washington tagt.

Von bis zu 120 Milliarden Euro an Schuldennachlass, je nach Ausgestaltung, ist bei Kritikern die Rede. Der Appetit von Scholz auf Schuldenerleichterungen, die in der Bevölkerung äußerst unpopulär sind, dürfte nicht allzu groß sein, heißt es. Zumal der Interims-SPD-Chef weiß, dass er mit solchen Vorhaben auch mit dem künftigen Koalitionspartner Probleme bekommen dürfte. „Die Union hat mühevoll den Verlust des Finanzministeriums geschluckt“, analysiert ein Sozialdemokrat. „Dass sie Schuldenerleichterungen, vielleicht sogar einen Abgang des IWF aus der Griechenland-Hilfe akzeptiert, wäre dann wohl doch zu viel erwartet.“

Zumal eine neue Bundesregierung eine neue Gläubigerpolitik nicht einfach unter sich ausmachen kann. Eine wie auch immer geartete Änderung dieser Größenordnung am Hilfsprogramm für Griechenland müsste durch den Bundestag. Und dort sitzen seit September nicht nur ein paar kritische Abgeordnete der Union, sondern auch skeptische FDP-Mitglieder und unwillige AfD-Politiker.

Anders als Schäuble aber wird sein Nachfolger Scholz nicht immer nur Nein sagen können. Das weiß man. Beim Euro-Rettungsfonds ESM etwa kann der Noch-Bürgermeister von Hamburg auf den Koalitionsvertrags verweisen. Dort steht: „Den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wollen wir zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln, der im Unionsrecht verankert sein sollte.“

Am Ende kommt es auf die Details an: Frankreich will den ESM zur letzten Auffanglinie für scheiternde Banken ausbauen. Gedacht ist an eine Kreditlinie über 60 Milliarden Euro, die im Notfall automatisch fließen sollen. Das gilt in Deutschland als schwierig. Die Deutschen, auch die Sozialdemokraten, wollen erst einmal die privaten Gläubiger und Aktionäre zur Kasse bitten, sollte eine große Bank in Schieflage geraten. „Irgendwo zwischen diesen Wünschen wird sich ein Deal finden zwischen Frankreich und Deutschland“, sagt einer, der sich mit europäischen Vereinbarungen auskennt. Denn das sei schon immer so gewesen.

„Als fielen unsere Helden aus dem Himmel“

Viele Briten fühlen sich vom Sex-Skandal bei der Wohltätigkeitsorganisation Oxfam persönlich getroffen. Unsere Autorin, *Helen Lock* aus Oxford, erklärt warum

Orgien mit Prostituierten, Erpressung Hilfsbedürftiger – vielleicht begreift man die ganze Tragik des Sex-Skandals bei Oxfam nur, wenn man wie ich 28 Jahre alt ist und Britin. Ich bin in Oxford aufgewachsen, wo die Wohltätigkeitsorganisation 1942 als „Oxforder Komitee zur Linderung der Hungersnot“ gegründet wurde. Ziel der vier Gründer war es, die Hungersnot zu lindern, die Griechenland unter der Besatzung durch die Nazis erlitten hatte. Aber die Organisation wuchs und wuchs. So sehr, dass meine Heimatstadt längst nicht mehr nur für ihre exzellente Universität berühmt ist, sondern auch für eine erfolgreiche, weltweit operierende NGO namens Oxfam, die nach wie vor ihren Hauptsitz in Oxford hat. Die Menschen dort sind stolz darauf, Oxfams Ethos passte bisher gut zu ihnen: nachdenklich, international denkend, weit über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus.

Als ich ein Kind war, sah ich, wie Oxfam-Mitarbeiter in ihre Büros eilten, die nicht weit von meiner Schule entfernt lagen. Ich dachte, ich würde sie für immer bewundern. Sie schienen so interessant zu sein. Wann immer ich jemanden traf, der dort arbeitete, schien es jemand zu sein, den seine Arbeit erfüllte. Die Mitarbeiter widmeten ihr Leben dem Reisen und anderen Menschen, sie kämpften gegen Armut in Großbritannien und im Ausland.

Ich weiß, dass Hunderte dieser Menschen von dem aktuellen Sex-Skandal tief getroffen sein werden. Es ist nicht fair, dass sie alle mit dem Stigma leben müssen, das Oxfam nun anhaftet. Es ist auch nicht fair, dass der Fall auch auf andere Wohltätigkeitsorganisationen abstrahlen und ihre Reputation in Mitleidenschaft ziehen wird. Dennoch bricht es jungen Briten wie mir das Herz, dass ausgerechnet Oxfam mit Prostituierten-Orgien und Erpressungen im Ausland in Verbindung gebracht wird.

Denn anders als die meisten Wohltätigkeitsorganisationen war Oxfam für uns bisher: cool. Oxfam hat eine große Rolle in unserer Erziehung gespielt. Für die Art, wie wir auf die Welt blickten. Schon mal von Glastonbury gehört? Zigtausende Fans von alternativer Musik aus aller Welt besuchen das legendäre Festival jedes Jahr, Oxfam ist auch immer dort. Hunderte junge Leute melden sich bei Oxfam an, um ein kostenloses Ticket zu bekommen – wofür sie sich im Gegenzug natürlich bei der Organisation des Events einbringen müssen. Darüber hinaus hat Oxfam eine Spendenaktion für eigene Musikfestivals – Oxjam –, die lokalen Bands die Möglichkeit geben, im ganzen Land aufzutreten. Es ist für Teenager-Bands das Größte, wenn sie da mitmachen dürfen. Und dann ist da die Kleidung. In einem Oxfam-Laden Klamotten zu kaufen ist cool. Die Chancen stehen gut, dort irgendein exzellentes Secondhand-Teil zu finden. Als ich in Manchester studierte, war ich oft shoppen in einen Oxfam-Laden.

Wenn jemand meiner Generation in Großbritannien aufgewachsen ist, hat Oxfam irgendwie sein Leben beeinflusst. Man hatte dort seinen ersten Job, ist auf einem der Oxjam-Festivals aufgetreten. Das beeinflusst, selbst wenn man nie in einem der Länder gewesen ist, in denen Oxfam arbeitet. Oxfam war anders, ein bisschen Rebellion. Wenn die Regierung mal wieder sparte, drehte Oxfam eines seiner Social-Media-Videos, die die Politik der Regierung ziemlich wirkungsvoll kritisierten. Sie können sich darauf verlassen, dass Oxfam sich für Sie einsetzt! Das war die Botschaft.

Jetzt steht Oxfam unter großem Druck. Die Regierung macht Druck, die Strafverfolgungsbehörden ebenfalls. Gönner haben Spenden gestoppt, Desmond Tutu ist als Botschafter zurückgetreten. Für mich ist es traurig. Es mögen nur ein paar Leute dafür verantwortlich sein. Aber es ist, als stürzten unsere Helden aus dem Himmel.